



Foto: Rico Prauss

# Ausschluss von Dynamo Dresden löst Gewaltproblem beim Fußball nicht

Pressemitteilung von Dietmar Bartsch, 25. November 2011

**"Mit dem Ausschluss von Dynamo Dresden aus dem DFB-Pokalwettbewerb hat der DFB das Dialog-Angebot an die Fans vom Runden Tisch genommen. Die Strafe löst das Gewaltproblem beim Fußball in keiner Weise, sondern statuiert ein Exempel an einem Verein", kritisiert Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. "Damit signalisiert der DFB, dass er die Vereine in ihrem Bemühen, das gesellschaftliche Problem der Gewalt beim Fußball mit den Fans in den Griff zu bekommen, allein lässt und ihnen den Schwarzen Peter zuschiebt. Die Vereine aber haben gegenüber den Gewalttätern keine staatliche Hoheit und in fremden Stadien nicht mal das Hausrecht." Bartsch weiter:**

"Es ist auffallend, dass der DFB selbst explizit von einem Exempel spricht, dass Rechtsstaatlichkeit eigentlich verbietet. Während gegenüber den Vereinen 1. FC Kaiserslautern und SG Eintracht Frankfurt, bei deren Zusammentreffen im DFB-Pokal es ebenfalls zu schweren Ausschreitungen

gekommen ist, bis heute noch nicht mal ein Strafantrag des DFB-Kontrollausschusses vorliegt, ist man bei im Osten beheimateten Vereinen mit drakonischen Strafen schnell bei der Hand. Gerade angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation im Osten werden Strafen wie ein Wettbewerbsausschluss zur Existenzbedrohung für den Verein. So spaltet man Fußball-Deutschland.

Alle Profivereine haben in den letzten Jahren ihre Fanarbeit intensiviert und versucht, in der Szene mit einer Politik der ausgestreckten Hand eine Abwendung von Gewalt und Rassismus zu erreichen. Gerade Dynamo Dresden und Hansa Rostock haben praktisch alles versucht, was Vereinen möglich ist. Doch solange es nicht einmal gelingt, bundesweite Stadionverbote gegen kriminelle Hooligans durchzusetzen, ist es reine Augenwischerei, die Gewaltausbrüche zu beklagen. Die Vereine brauchen Hilfe vom DFB und nicht immer höhere, immer absurdere Strafen, um Straftätern – und um nichts anderes handelt es sich – in enger Zusammenarbeit mit den Behörden Paroli bieten zu können."